INSM-Marktwirtschafts-barometer 2026

INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Einleitung

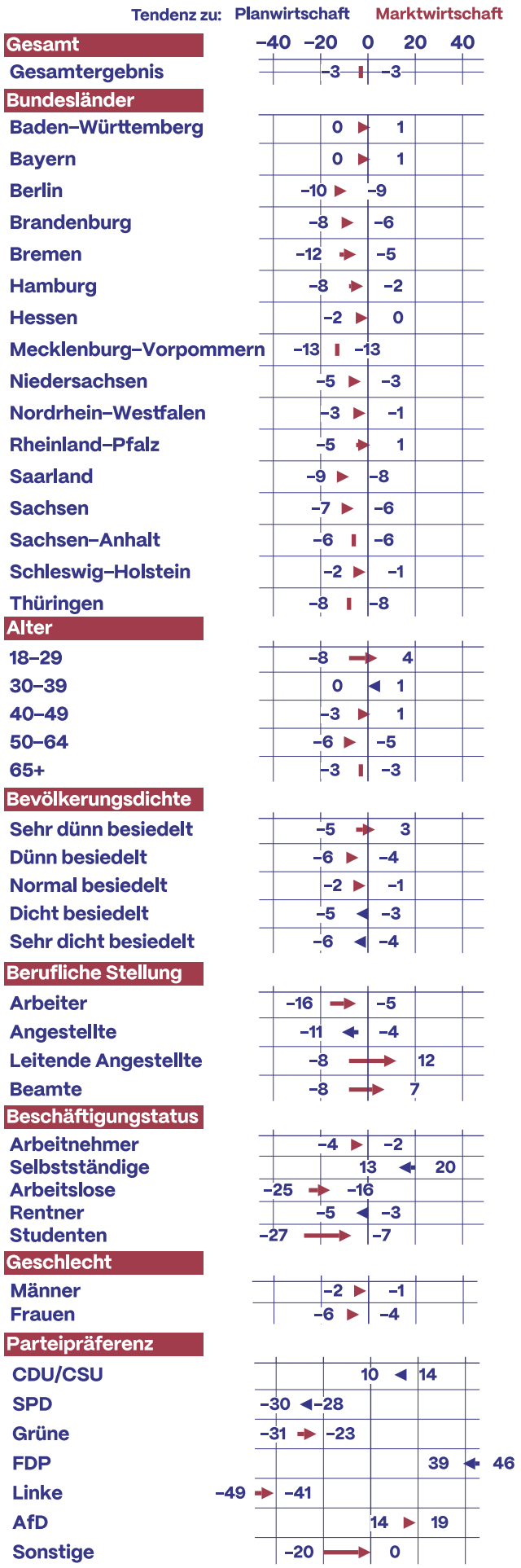
Zum dritten Mal hat das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erhoben, wie die Deutschen zur Marktwirtschaft stehen – und das in einer Phase außergewöhnlich schwacher wirtschaftlicher Dynamik. Denn Deutschlands Wachstum stagniert, Investitionen bleiben aus, die internationale Wettbewerbsfähigkeit steht unter Druck. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage, welche wirtschaftspolitischen Leitplanken die Bevölkerung unterstützt, besondere Bedeutung.

Das INSM-Marktwirtschaftsbarometer zeichnet das Bild einer verunsicherten Gesellschaft: Viele Menschen erwarten angesichts von Krisen, Preissteigerungen und Transformationsdruck mehr Schutz, mehr Umverteilung und einen stärkeren Staat – selbst um den Preis höherer Steuern und zusätzlicher Regulierung. Wachstum wird dabei weniger als Ergebnis von Wettbewerb und Innovation wahrgenommen, sondern stärker mit staatlicher Absicherung, Preisstabilität und öffentlicher Daseinsvorsorge verknüpft. Ein Ergebnis, das uns eine Warnung sein muss.

Gleichzeitig zeigt das Barometer wichtige marktwirtschaftliche Reflexe. Eine deutliche Mehrheit hält gleiche Chancen für wichtiger als gleiche Ergebnisse und bekennt sich damit zum normativen Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Auch bei der Lohnfindung über Tarifautonomie, bei der Ablehnung staatlicher Unternehmensrettungen und bei der Erwartung technologischer Lösungen im Klimaschutz finden sich klare Anknüpfungspunkte für eine wachstumsorientierte Ordnungspolitik.

Insgesamt offenbart das Barometer ein ambivalentes Grundmuster: „Mehr Staat" wird dort gefordert, wo Sicherheit, Verteilung und Infrastruktur betroffen sind; „mehr Markt" dort, wo Innovation, Leistungsgerechtigkeit und Haftungsprinzip greifen. Diese Spannung prägt die wirtschaftspolitische Debatte in Zeiten schwachen Wachstums – und macht deutlich, vor welcher Herausforderung Reformpolitik heute steht: Wachstum neu zu erklären, ohne die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu ignorieren.

Veränderungen von 2024 auf 2025

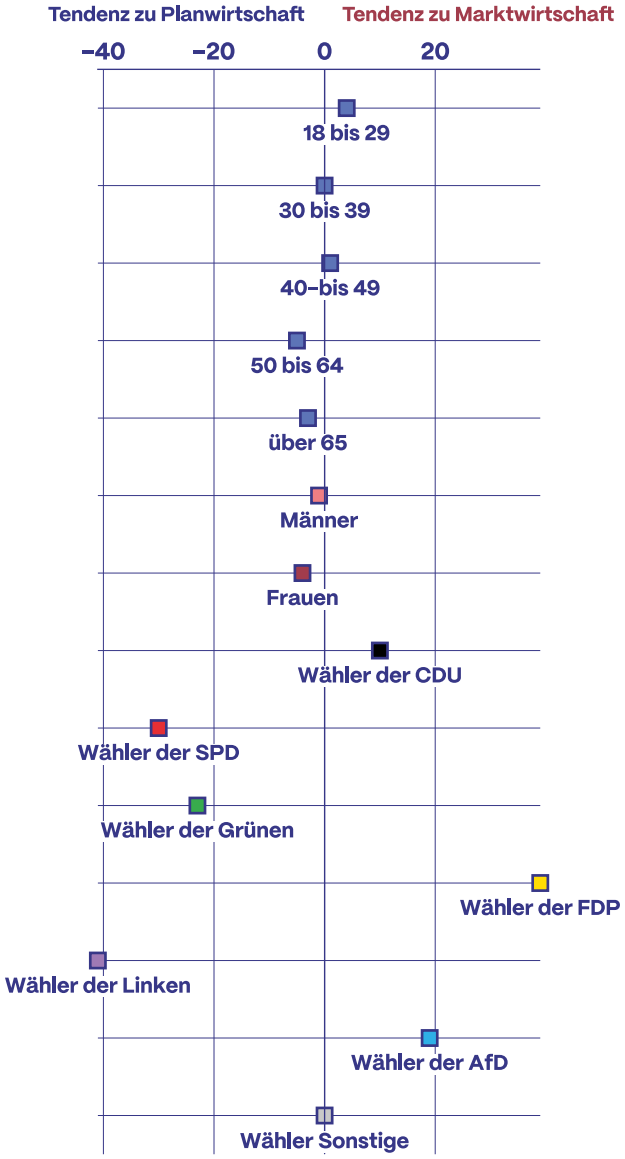


Inhaltsvereichnis

Einleitung 1
Ergebnisse 3
Einzelergebnisse 4
Einkommensbildung: reguliert vs. frei 4
Vermögensgleichheit vs. Chancengleichheit 5
Eingriffe in die Wirtschaft, um Wohlstand zu sichern 6
Private vs. öffentliche Infrastruktur 7
Mehr oder weniger Preisregulierung 8
Staatliche Rettung von Unternehmen 10
Staatliche Eingriffe für geringere Einkommensunterschiede . . 11
Vermögensteuer 13
Staatliche vs. private Absicherung von Lebensrisiken 14
Staatliche vs. private Verwaltung von sozialer Absicherung . 16
Klimawandel: Regulierung vs. Innovation 17
Staatliche Daseinsvorsorge vs. niedrige Steuern 18
Selbsteinschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft 19
Methodik 22

Ergebnisse

Für das „INSM-Marktwirtschaftsbarometer" hat Civey online die in den folgenden Abschnitten erläuterten zwölf Fragestellungen erhoben. Deren Antworten zahlen je nach Ausschlag auf den Pol „Planwirtschaft" bzw. den Pol „Marktwirtschaft" ein. Im Detail wurden jeweils die obersten beiden Antworten dem Pol „Planwirtschaft" zugeordnet, die untersten beiden Antworten dem Pol „Marktwirtschaft". Dabei wird die eindeutige Zustimmung doppelt so stark gewertet wie eine eher zustimmende Aussage. Anschließend bildet sich der Index aus dem arithmetischen Mittel der relevanten Antwortkategorien der oben abgebildeten Fragestellungen.

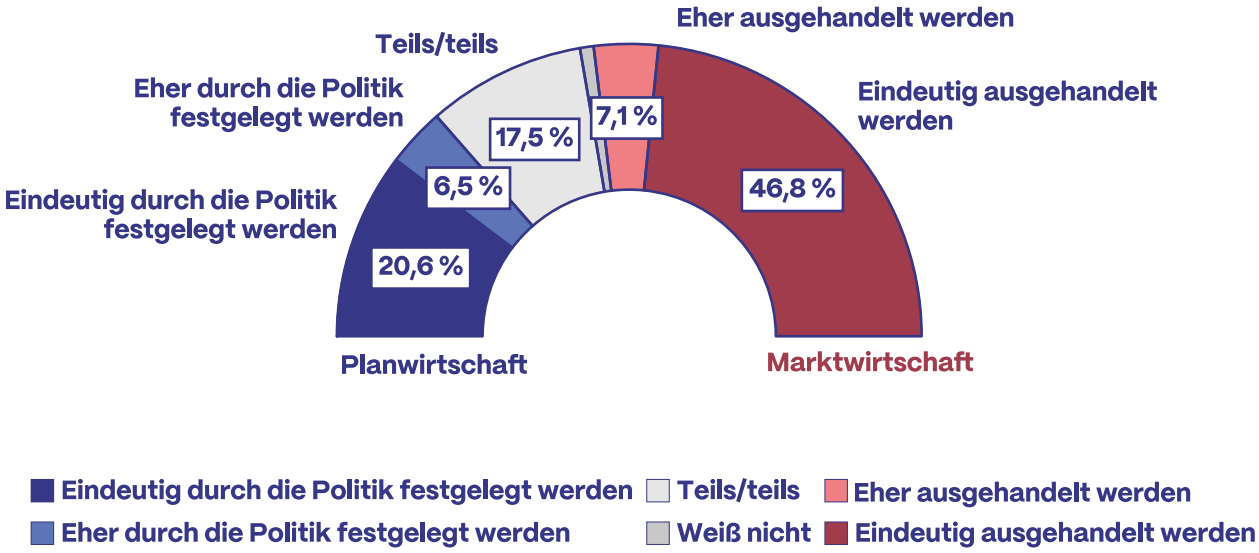


Einzelergebnisse

Einkommensbildung: reguliert vs. frei

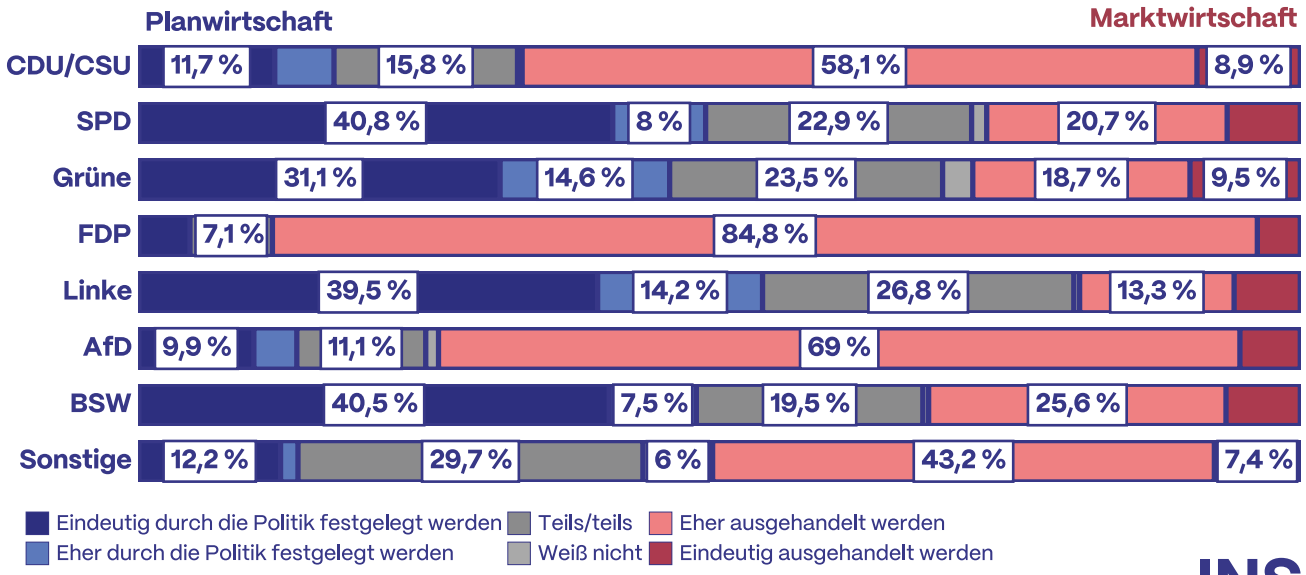
Sollte ein verbindlicher Mindestlohn Ihrer Meinung nach eher zwischen den Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt oder eher durch die Politik festgelegt werden?

Mehr als die Hälfte der Befragten (53,9 Prozent) will, dass Mindestlöhne zwischen Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt werden, anstatt durch die Politik festgelegt zu werden. Hier sieht man gegenüber dem Vorjahr eine klare Bewegung in Richtung marktwirtschaftlichen Denkens: 2024 waren es noch 46,6 Prozent. Eine Festlegung des Mindestlohns durch die Politik befürworten nur 27,1 Prozent (2024 noch 32,4 Prozent). Eine deutliche Zustimmung zur Aushandlung von Mindestlöhnen zeigt sich vor allem bei Anhängern der FDP (88,5 Prozent), der CDU/CSU (67 Prozent) und der AfD (74,2 Prozent). Hingegen präferieren Anhänger der Linken (53,7 Prozent), der Grünen (45,7 Prozent) und der SPD (48,8 Prozent) eher eine politische Festlegung.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

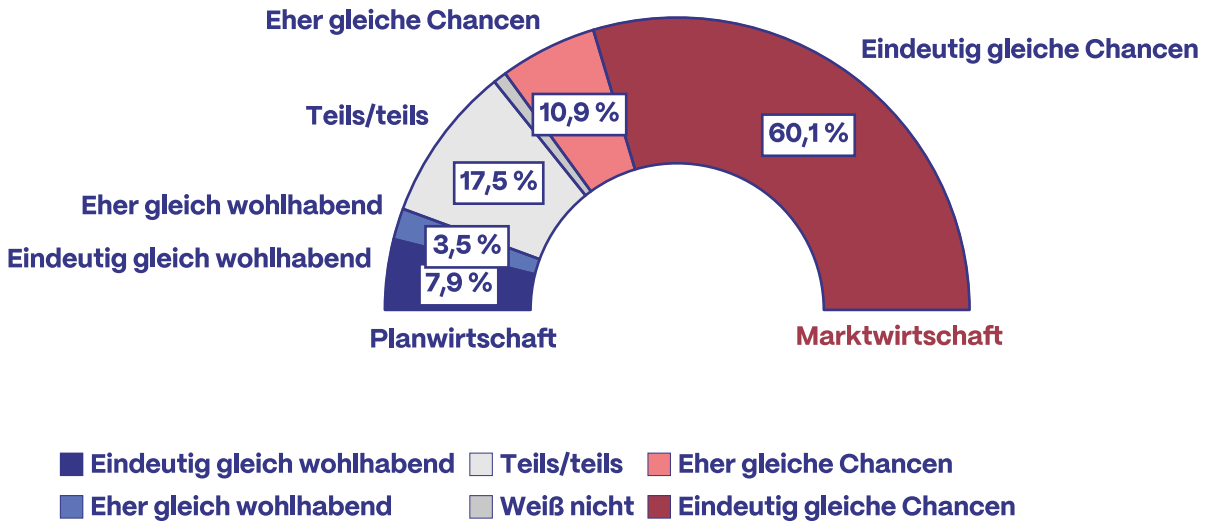
INSM

Vermögensgleichheit vs. Chancengleichheit

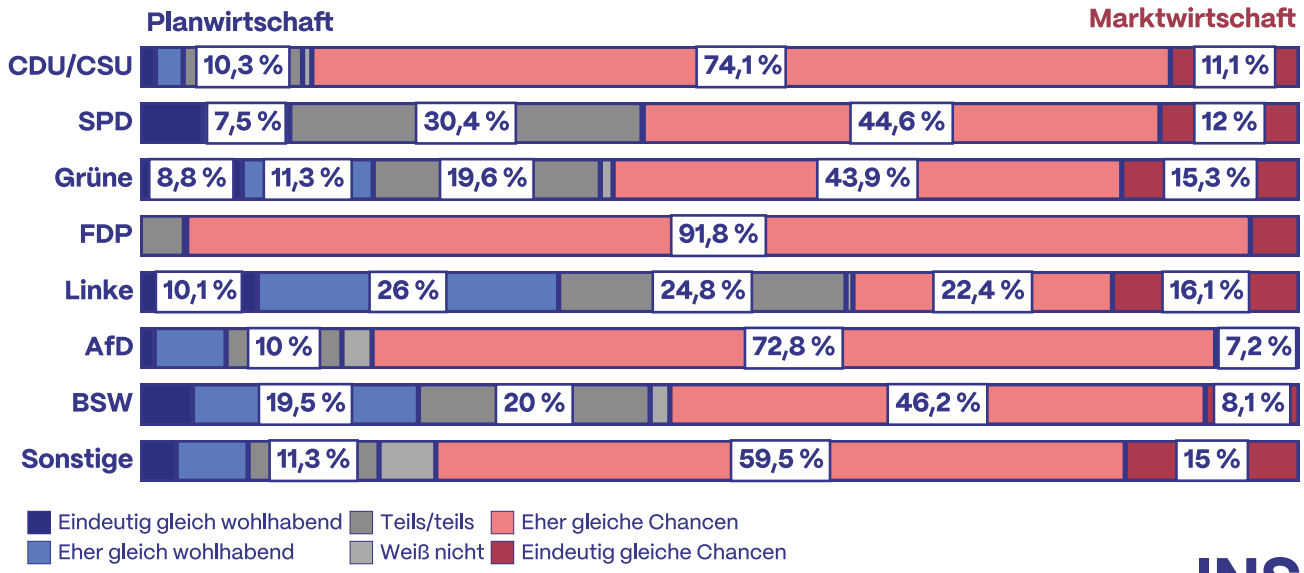
Was ist Ihrer Meinung nach wichtiger: dass alle Menschen gleich wohlhabend sind oder dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, wohlhabend zu werden?

Die Deutschen wollen gleiche Chancen für alle. 70 Prozent der Befragten geben an, dass Chancengleichheit für sie wichtiger ist als ein gleicher Wohlstand (11,4 Prozent). Diese Einstellung ist in den westlichen und östlichen Bundesländern ähnlich stark vertreten. Der Wunsch nach gleichen Chancen ist besonders ausgeprägt bei Anhängern der FDP (96 Prozent), Beamten und Selbstständigen (78,8 Prozent bzw. 76,8 Prozent). Gegenüber den Vorjahren sind die Werte hier relativ konstant geblieben.

Starke Stimmen für Verteilungsgerechtigkeit gibt es unter Wählern der Linken (36,1 Prozent), Menschen, die sich aktuell noch in Ausbildung befinden (36,3 Prozent), und in der besonders urbanen Bevölkerung (22,3 Prozent). Allerdings ist festzuhalten, dass es in keiner dieser Gruppen (und auch in keiner anderen) eine Mehrheit für Verteilungs- gegenüber Chancengerechtigkeit gibt.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

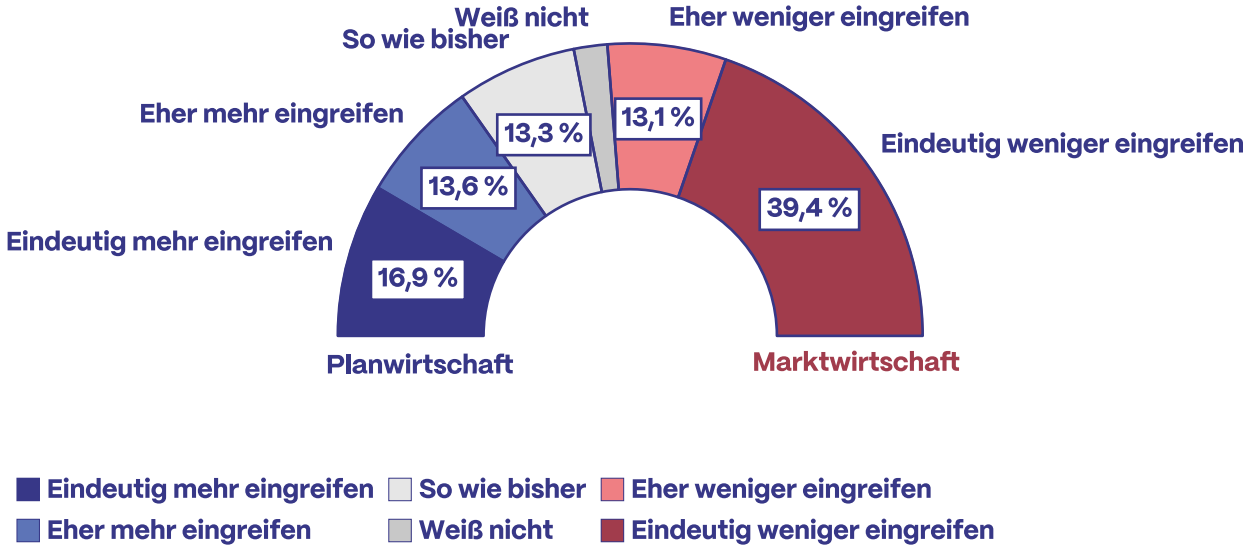
Eingriffe in die Wirtschaft, um Wohlstand zu sichern

Sollte der deutsche Staat Ihrer Meinung nach eher mehr oder eher weniger in die Wirtschaft eingreifen, um den Wohlstand in Deutschland zu erhöhen?

Bei der Frage, ob der Staat mehr oder weniger in die Wirtschaft eingreifen sollte, um den Wohlstand in Deutschland zu erhöhen, zeigt sich ein differenziertes Meinungsbild. Jeder Zweite ist für weniger Eingriff, dennoch ist mit einem knappen Drittel der Befragten (30,5 Prozent) das Lager für mehr Eingriffe recht stabil. Weitere 13,3 Prozent sprechen sich für eine Weiterführung der bisherigen Politik aus.

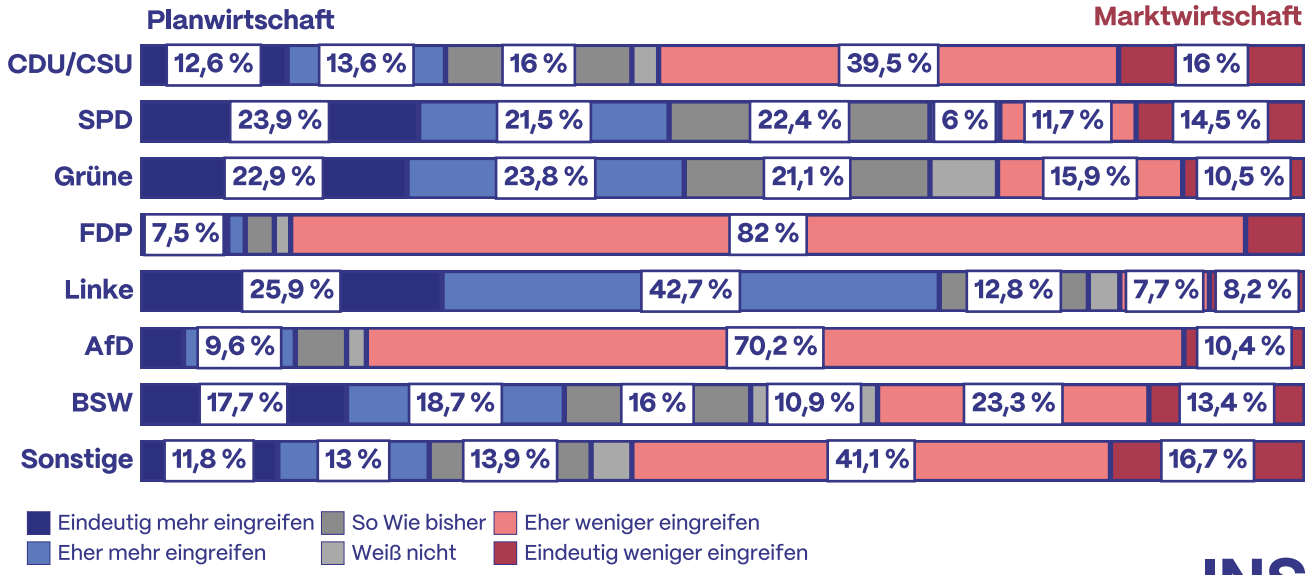
Diese Haltung ist sowohl im Osten als auch im Westen gleichermaßen ausgeprägt. Die Spitze bei der Ablehnung von Eingriffen stellen FDP-Anhänger dar. Sie sind mit 87,1 Prozent nahezu geschlossen.

Besonders ist, dass vor allem Jüngere sich weniger staatliche Eingriffe wünschen: Von den 18- 29-Jährigen, die zu 64 Prozent für weniger staatliche Interventionen plädieren, nimmt dieser Wert kontinuierlich ab, bis bei den über-65-Jährigen nur noch 48,8 Prozent diese Einschätzung teilen.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

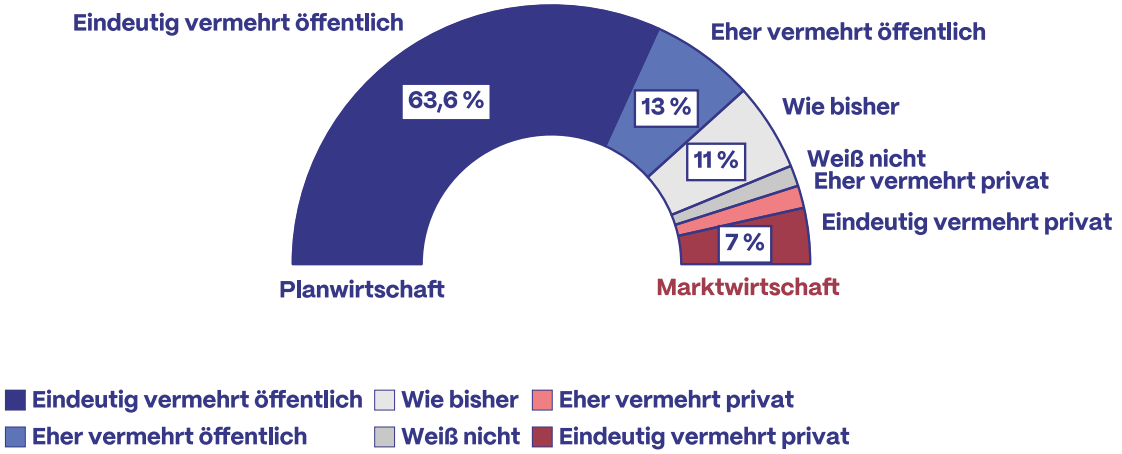
Private vs. öffentliche Infrastruktur

Sollten Infrastruktureinrichtungen (z. B. Telekommunikation, Krankenhäuser) Ihrer Meinung nach zukünftig vermehrt öffentlich oder vermehrt privat betrieben werden?

Die große Mehrheit der Befragten (76,6 Prozent) spricht sich dafür aus, dass Infrastruktureinrichtungen in Zukunft verstärkt öffentlich betrieben werden sollten. Lediglich 9,8 Prozent bevorzugen hingegen eine stärkere private Trägerschaft.

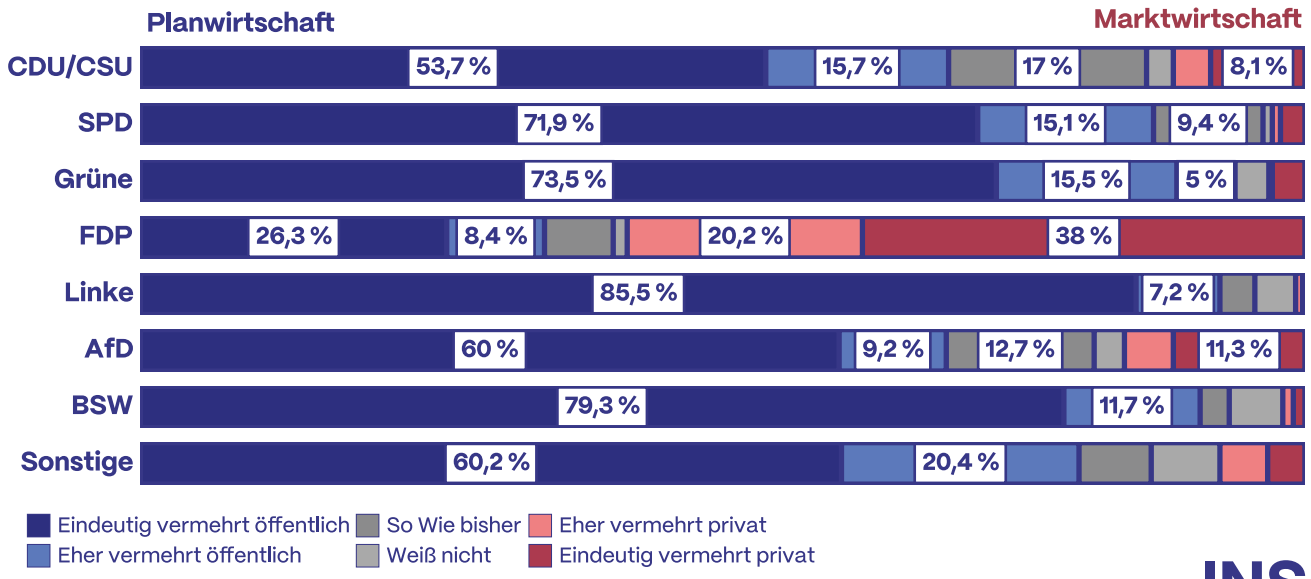
Diese Werte sind im Vergleich zu den Vorjahren sehr konstant.

Eine deutliche Neigung zu einer verstärkt privat betriebenen Infrastruktur zeigt sich nur und mit großem Abstand bei den Wählern der FDP (58,2 Prozent). Wähler der Linken (92,7 Prozent), Grünen (89 Prozent), SPD (86 Prozent) und CDU/CSU (69,4 Prozent) sprechen sich mehrheitlich für einen öffentlichen Betrieb von Infrastruktur aus.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

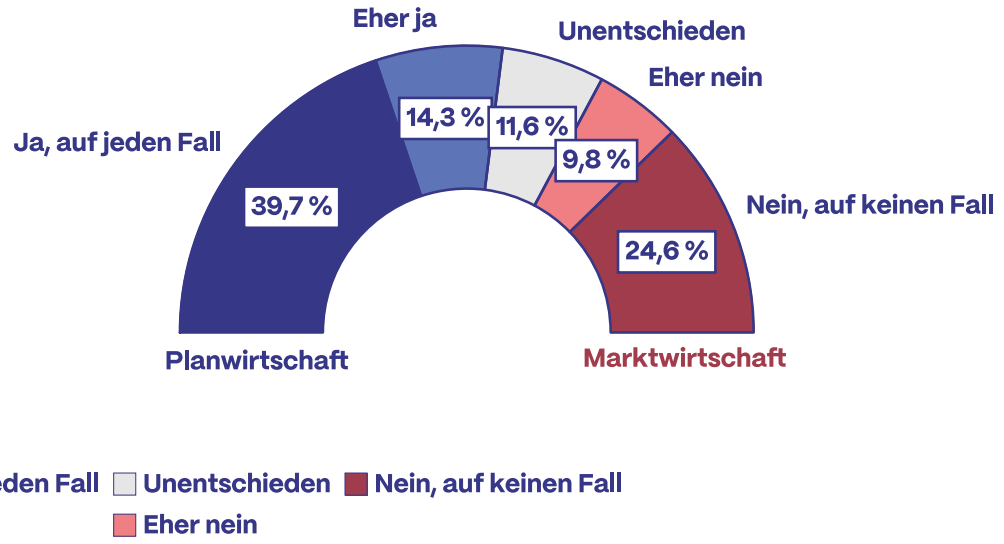
INSM

Mehr oder weniger Preisregulierung

Sollten Preise für lebensnotwendige Güter (z. B. Strom, Nahrung) Ihrer Meinung nach staatlich reguliert werden?

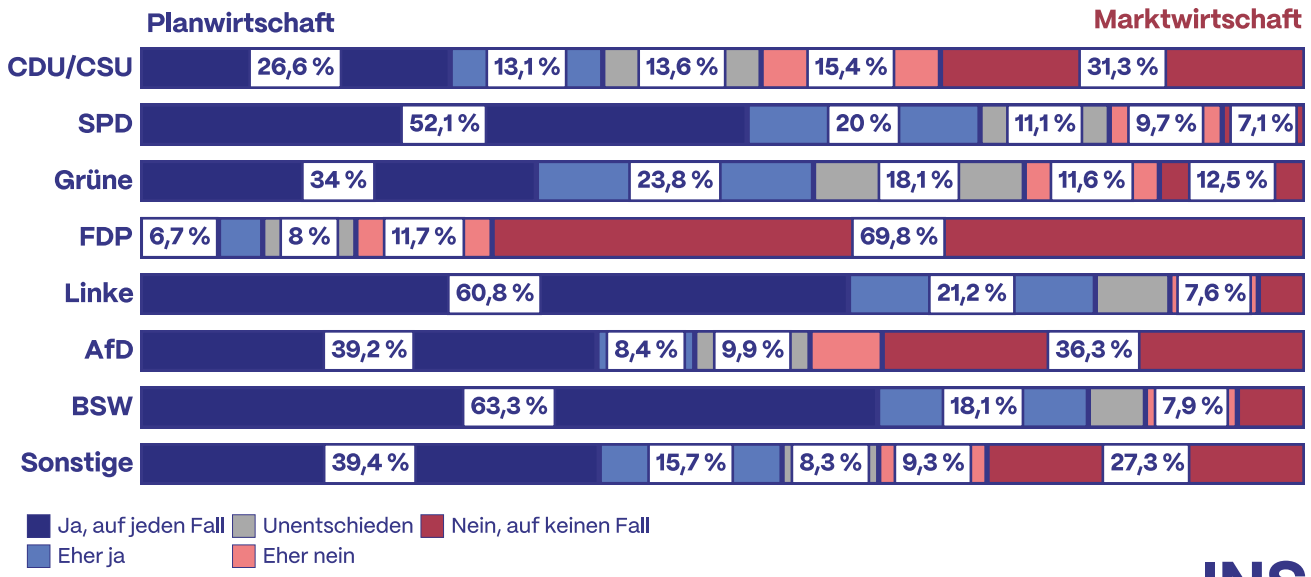
54 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Preise für lebensnotwendige Güter staatlich reguliert werden sollten. Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2024: 51,8 Prozent). 34,4 Prozent lehnen dies jedoch ab (2024: 26,2 Prozent), während 11,6 Prozent (2024: 20,9 Prozent) unentschlossen sind. Man sieht also einen deutlichen Trend zur Polarisierung in dieser Frage.

In Ostdeutschland ist der Wunsch nach staatlicher Preisregulierung deutlich stärker ausgeprägt. Befürworten es in den neuen Bundesländern 65,4 Prozent, sind es im Westen der Bundesrepublik nur 51 Prozent. Wenig überraschend ist eine Korrelation mit der Kaufkraft: In Regionen mit sehr niedriger oder niedriger Kaufkraft befürworten 58,9 Prozent bzw. 60,1 Prozent der Befragten eine staatliche Preiskontrolle, in Regionen mit hoher bzw. sehr hoher Kaufkraft sind es mit 48,8 Prozent bzw. 50,1 Prozent deutlich weniger.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

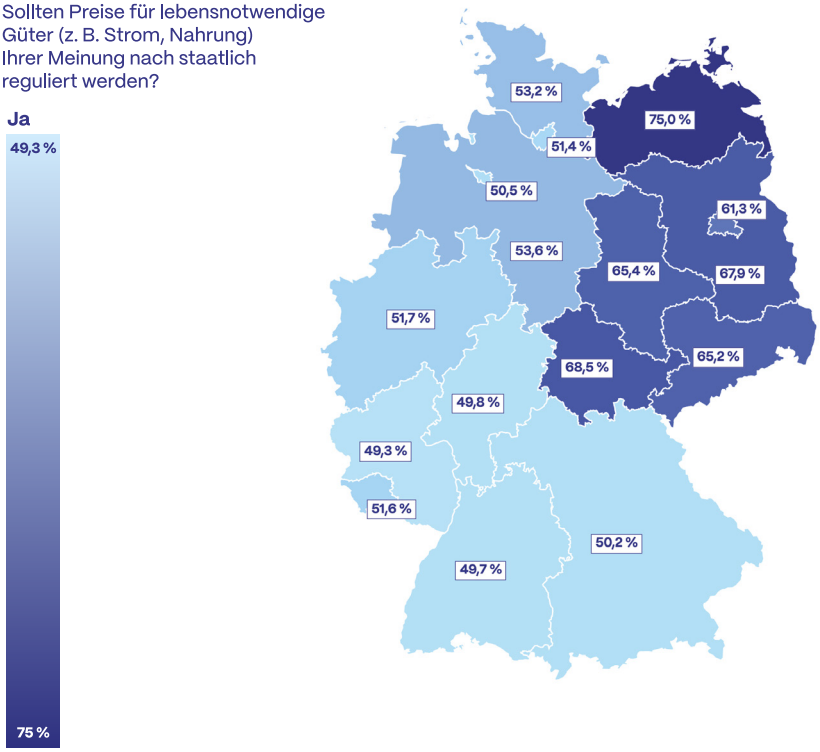


Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Preisregulierung

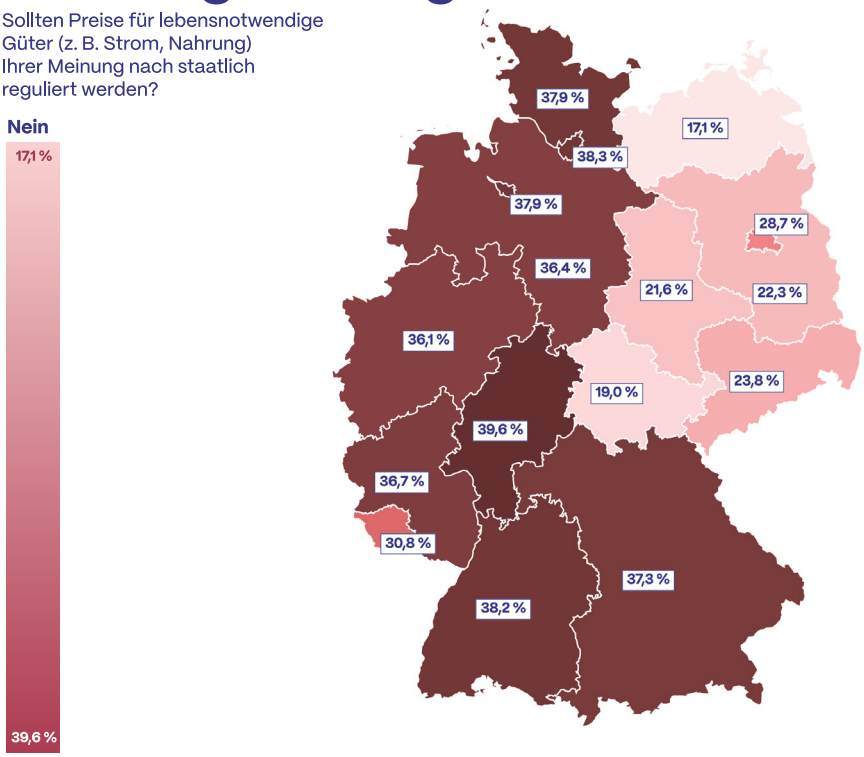
Sollten Preise für lebensnotwendige Güter (z. B. Strom, Nahrung) Ihrer Meinung nach staatlich reguliert werden?



Planwirtschaft INSM

Preisregulierung

Sollten Preise für lebensnotwendige Güter (z. B. Strom, Nahrung) Ihrer Meinung nach staatlich reguliert werden?

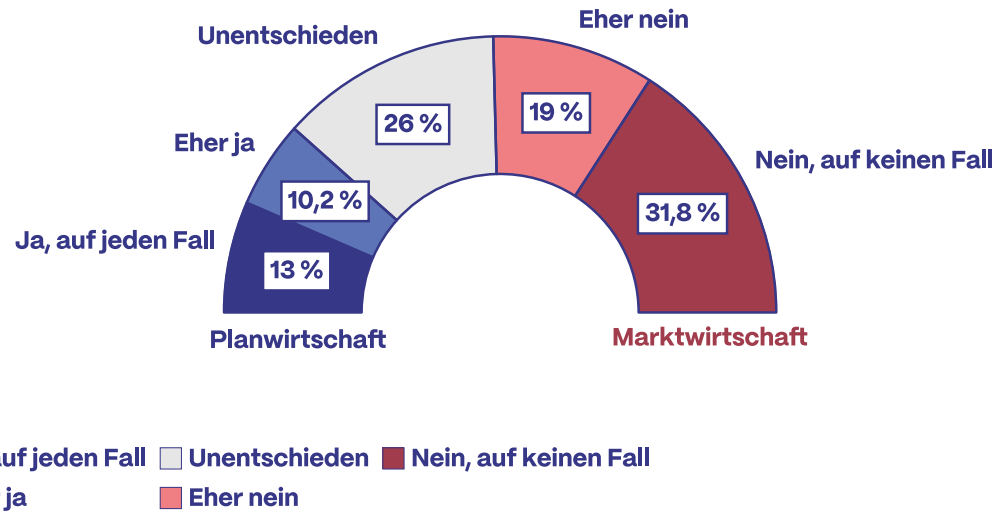


Marktwirtschaft INSM

Staatliche Rettung von Unternehmen

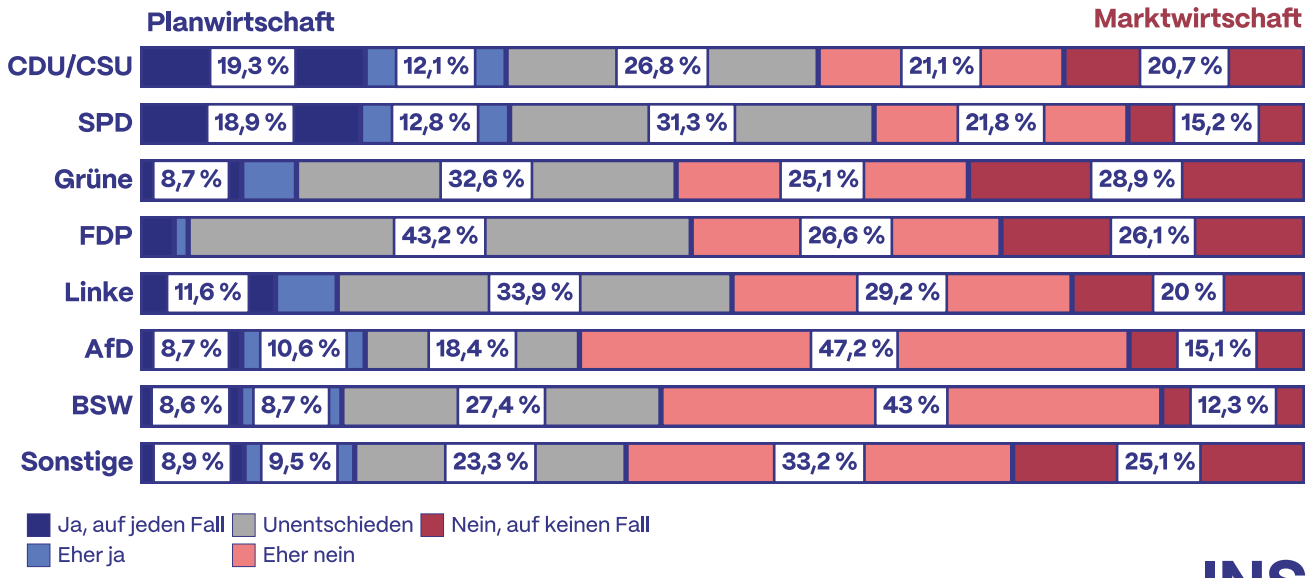
Sollte der Staat Ihrer Meinung nach Anteile an großen Unternehmen kaufen, wenn diese von Insolvenz bedroht sind?

Mehr als die Hälfte der Deutschen (50,8 Prozent) lehnt es ab, dass der Staat bei großen, von der Insolvenz bedrohten Unternehmen eingreift. Ein Viertel der Befragten (26 Prozent) ist unentschlossen, während 23,2 Prozent den Kauf von Unternehmensanteilen in solchen Fällen befürworten.
Vor allem die letzte Zahl ist dabei bemerkenswert. Denn während der Anteil der Ablehnung im Vergleich zum Vorjahr recht konstant blieb, ist gleichzeitig die Befürwortung deutlich gestiegen. Sie betrug 2024 noch 15,1 Prozent. Diese Veränderung könnte mit der unsicheren Wirtschaftslage und dem damit verbundenen Anstieg von Insolvenzen zusammenhängen. Besonders ist außerdem, dass die Bereitschaft zur staatlichen Übernahme von in Krisen befindlichen Unternehmen im Osten (pro: 17,8 Prozent; kontra: 58,1 Prozent) spürbar niedriger ist als im Westen (pro: 24,7 Prozent; kontra: 48,7 Prozent).



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



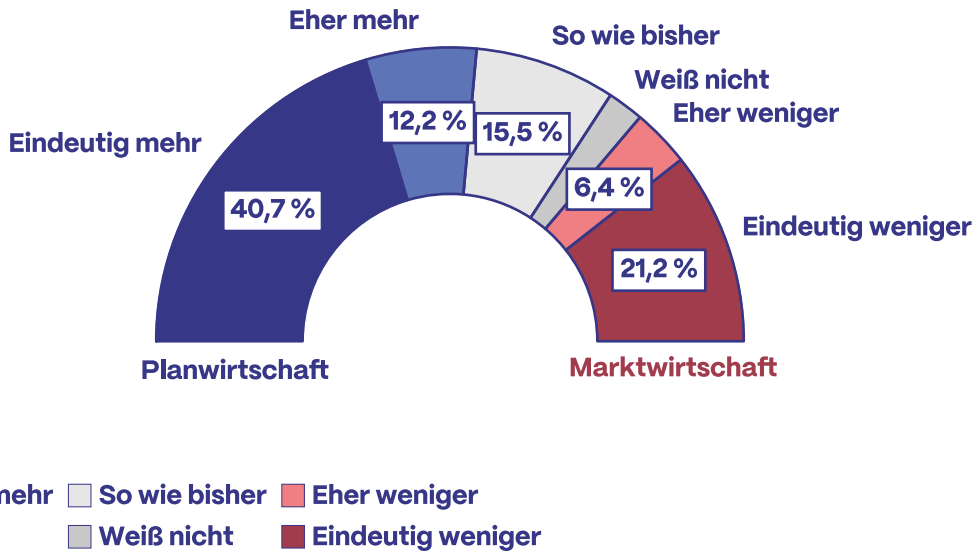
Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Staatliche Eingriffe für geringere Einkommensunterschiede

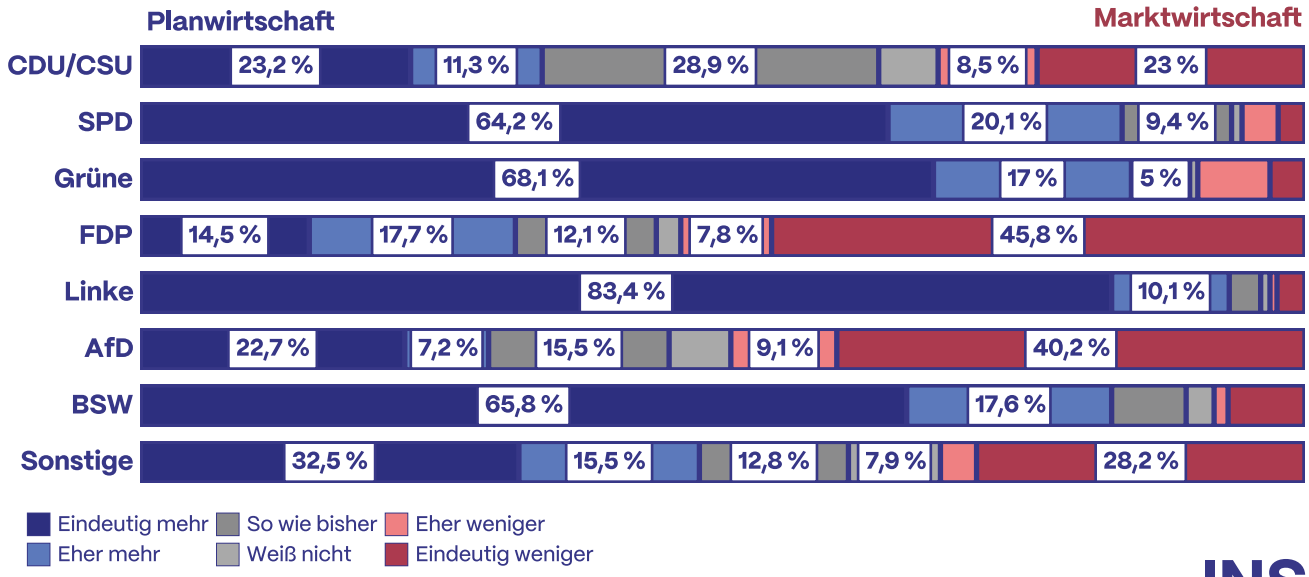
Sollte der Staat Ihrer Meinung nach eher mehr oder eher weniger tun, um die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen zu verringern?

Mit 52,9 Prozent fordert über die Hälfte der Befragten vom Staat mehr Engagement, um Gehaltsunterschiede zu verringern. Ein Viertel (27,6 Prozent) lehnt dies ab. Die Werte sind damit im Vergleich zu den Vorjahren sehr konstant. Die Zustimmung ist im Osten noch stärker ausgeprägt als im bundesweiten Durchschnitt: Hier sind sogar 58 Prozent für mehr Interventionen beim Einkommen. Besonders zurückhaltend beim Ruf nach mehr staatlichen Eingriffen sind hier die Selbstständigen. Nur 36,8 Prozent wünschen sich mehr Engagement der Politik. Unter Angestellten sind es 51,5 Prozent, unter Arbeitslosen bzw. Nichterwerbspersonen sind es sogar 68,8 Prozent.



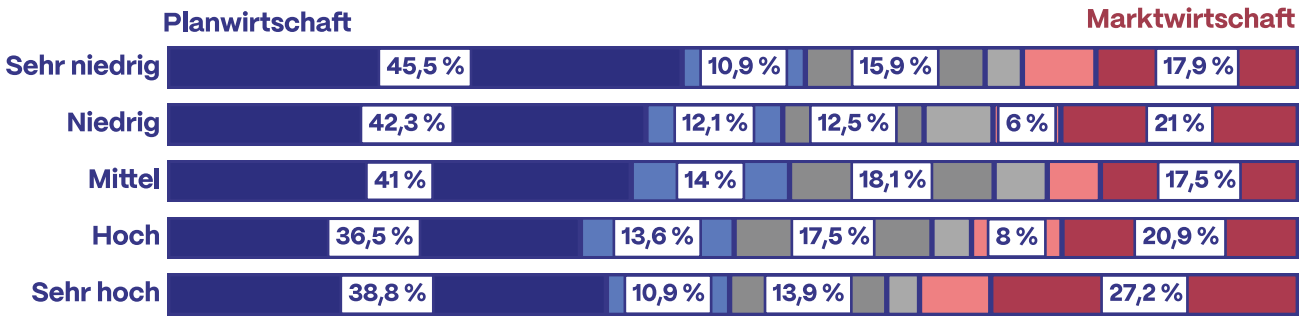
Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

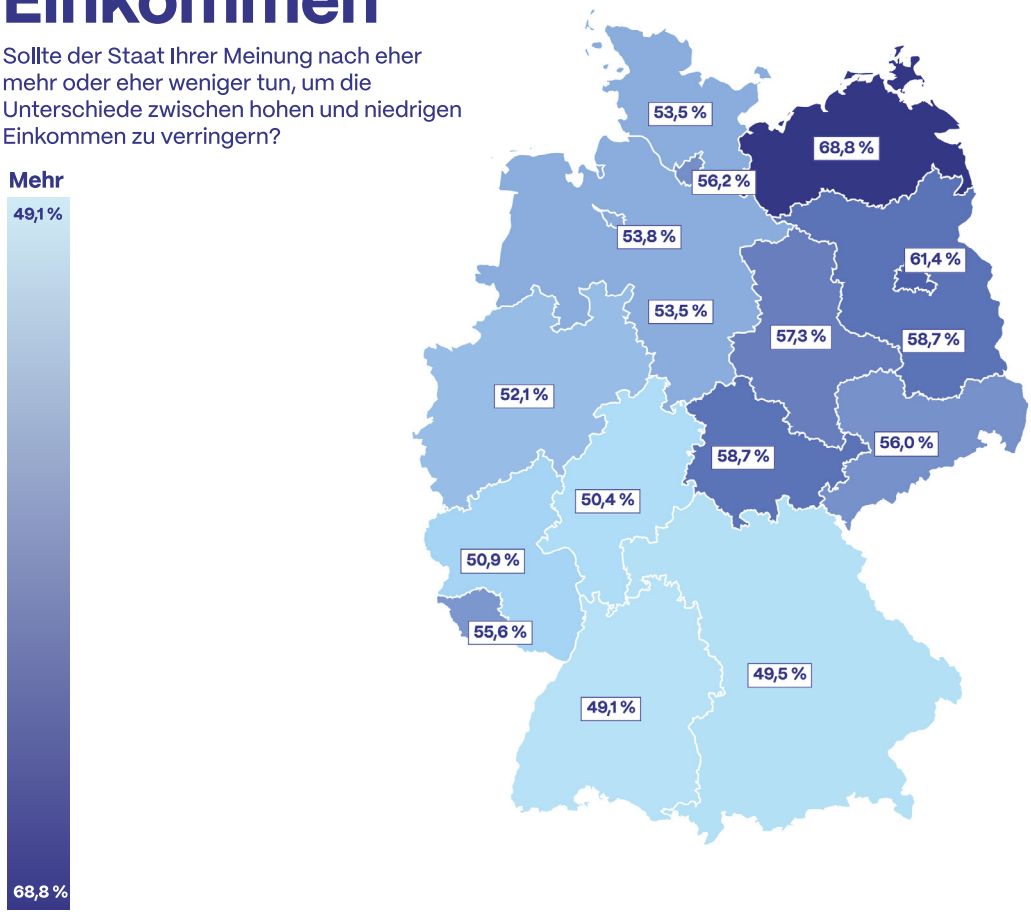


Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Einkommen

Sollte der Staat Ihrer Meinung nach eher mehr oder eher weniger tun, um die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen zu verringern?

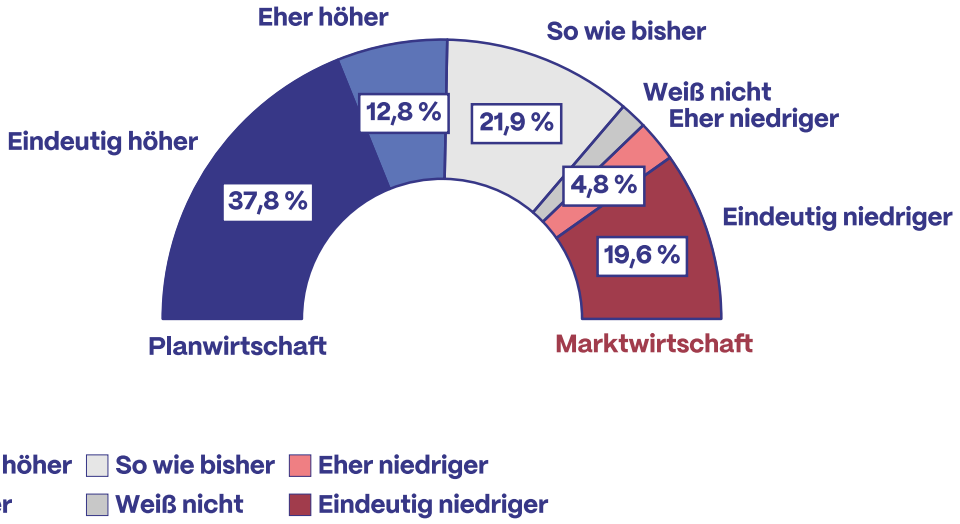


Marktwirtschaft INSM

Vermögensteuer

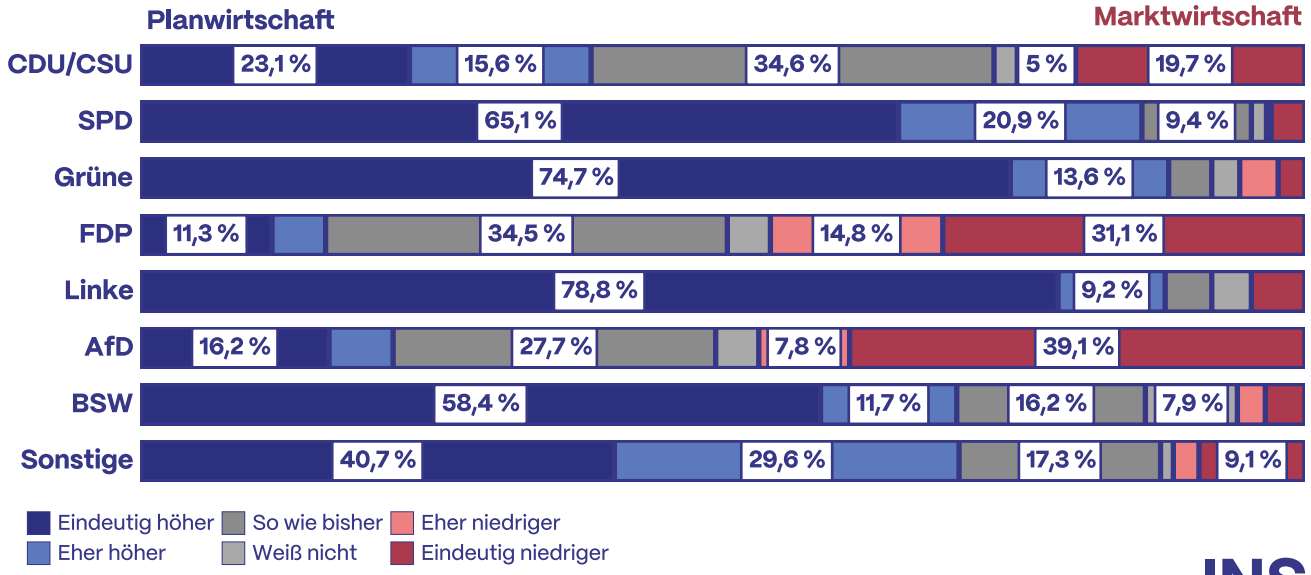
Sollten hohe Vermögen in Deutschland Ihrer Meinung nach eher höher oder eher niedriger besteuert werden als bisher (z. B. durch Vermögensteuern)?

Etwa die Hälfte der Deutschen (50,6 Prozent) spricht sich für eine stärkere Besteuerung von Vermögen aus, mit 25,2 Prozent lehnt dies jeder vierte Befragte ab und fordert eine niedrigere Belastung von Vermögen. Hier fand im letzten Jahr eine deutliche Verschiebung statt — 2024 gaben noch 61,4 Prozent an, für eine Vermögensteuer zu sein, nur 13,1 Prozent sprachen sich dagegen aus. Besonders stark wird eine Vermögensteuer von Anhängern der Linken (88 Prozent), der Grünen (88,3 Prozent) und der SPD (86 Prozent) unterstützt. Unter den Anhängern der CDU/CSU befürworten noch 38,7 Prozent eine höhere Besteuerung von Vermögen, bei der AfD nur 21,7 Prozent.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

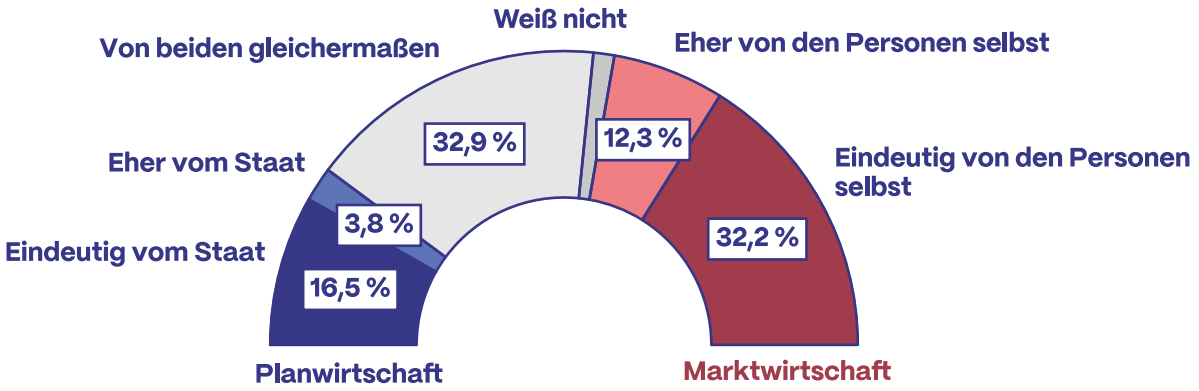
INSM

Staatliche vs. private Absicherung von Lebensrisiken

Sollten persönliche Lebensrisiken (z. B. Schäden durch Unwetter, finanzielle Armut) eher vom Staat oder eher von Personen selbst abgesichert werden?

Ein Drittel der Deutschen (32,9 Prozent) sieht Staat und Privatpersonen gleichermaßen in der Verantwortung, persönliche Lebensrisiken wie Schäden durch Starkwetterereignisse oder finanzielle Armut abzusichern. Immerhin 44,5 Prozent der Befragten sehen diese Verantwortung jedoch eher oder vollständig beim Einzelnen. Mit 20,3 Prozent sieht nur rund jeder fünfte Deutsche den Staat eher oder eindeutig in der Verantwortung. Diese Werte sind im Vergleich zu den Vorjahren sehr konstant.

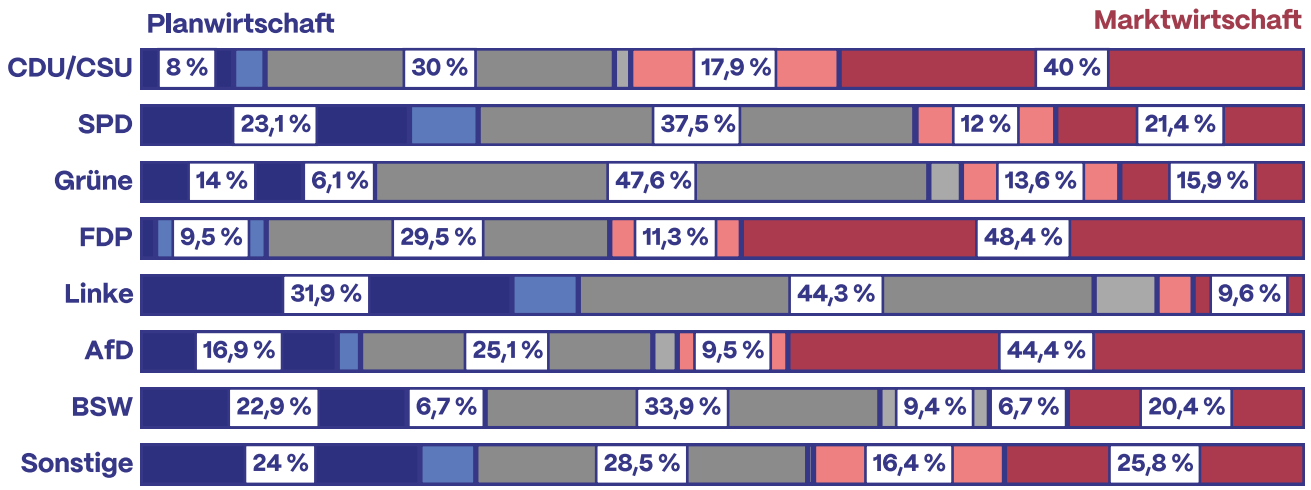
Vor allem Menschen, die sich noch in Ausbildung befinden (42,1 Prozent), Arbeitslose (41,4 Prozent) und Wähler der Linken (37,6 Prozent) neigen dazu, die Verantwortung verstärkt beim Staat zu suchen, während besonders Beamte (60,3 Prozent), Akademiker (52,6 Prozent) und Wähler von CDU/CSU (57,9 Prozent) diese eher beim Individuum verorten.



Eindeutig vom Staat | Von beiden gleichermaßen | Eher von den Personen selbst
Eher vom Staat | Weiß nicht | Eindeutig von den Personen selbst

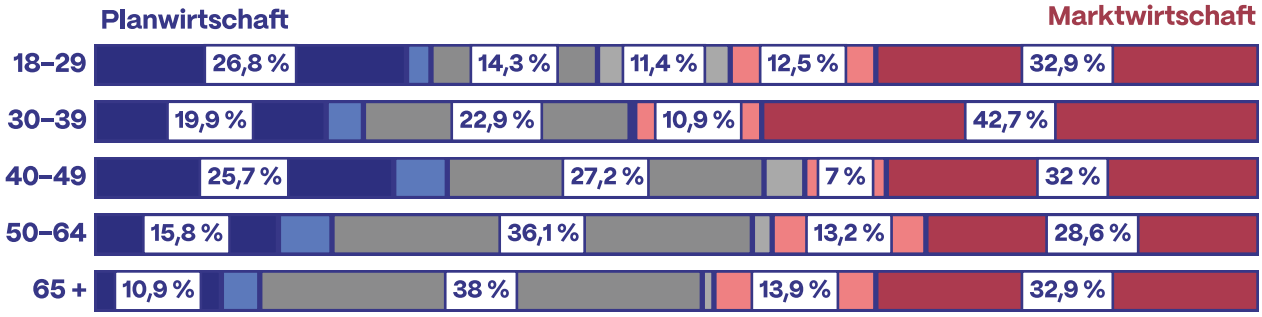
Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Eindeutig vom Staat
Eher vom Staat
Von beiden gleichermaßen
Weiß nicht
Eher von den Personen selbst
Eindeutig von den Personen selbst

Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

INSM-Newsletter

Melden Sie sich für den Newsletter an und bleiben Sie immer informiert.

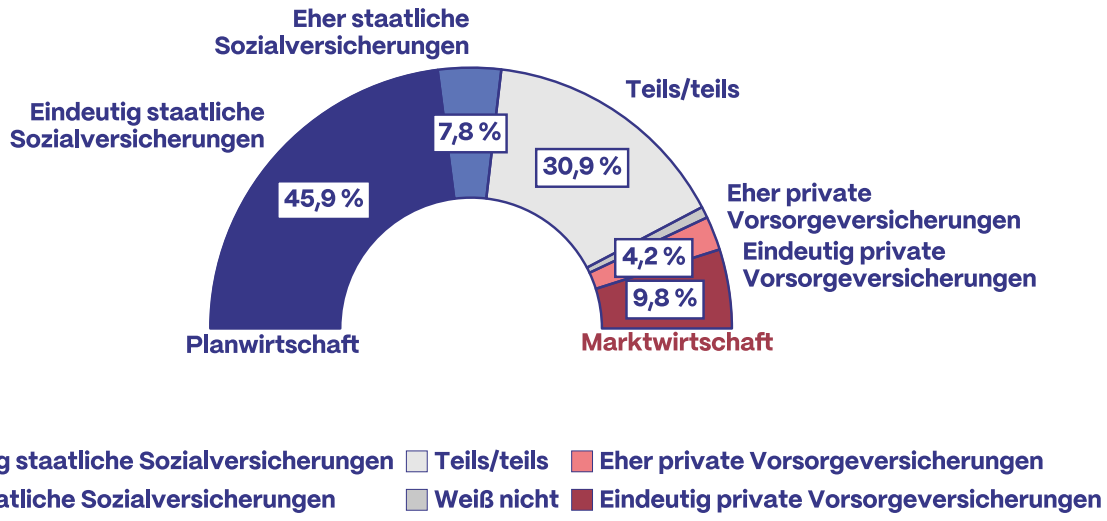
Jetzt anmelden!

Staatliche vs. private Verwaltung von sozialer Absicherung

Sollten soziale Absicherungen (z. B. Renten-, Krankenversicherungen) Ihrer Meinung nach eher durch staatliche Sozialversicherungen oder eher durch private Vorsorgeversicherungen gewährleistet werden?

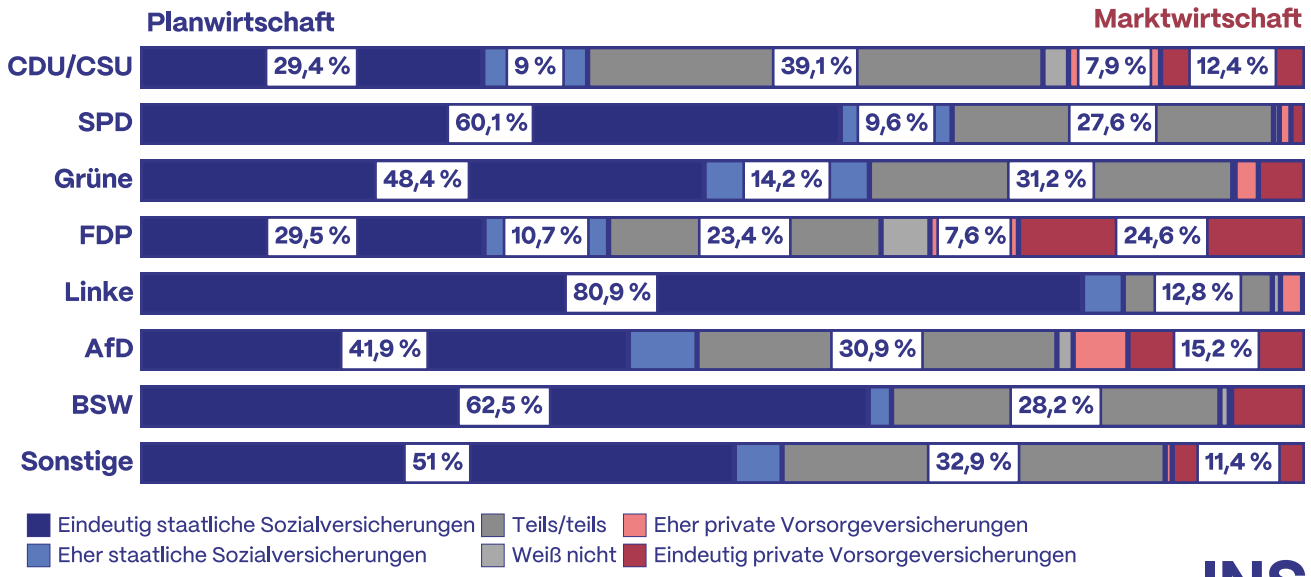
In Fragen sozialer Absicherung wünschen sich mehr als die Hälfte der Deutschen (53,7 Prozent), dass diese direkt vom Staat verwaltet wird. Lediglich 14 Prozent sehen diese Aufgabe eher bei privaten Unternehmen. Rund jeder dritte Befragte (30,9 Prozent) kann sich eine gemeinsame Verantwortung von Staat und Privatwirtschaft vorstellen. Diese Werte sind über die letzten Jahre recht konstant.

Unter den FDP-Wählern spricht sich rund jeder Dritte (32,2 Prozent) eher oder hauptsächlich für private Vorsorge aus. Interessant ist, dass gerade Jüngere eher einen Fokus auf private Vorsorge legen: Sind es unter den 18- bis 29-Jährigen 21,2 Prozent, sind es bei den 40- bis 49-Jährigen nur noch 13,9 Prozent. Unter den Über 65-Jährigen erreicht die Zustimmung mit 11,6 Prozent den niedrigsten Wert.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



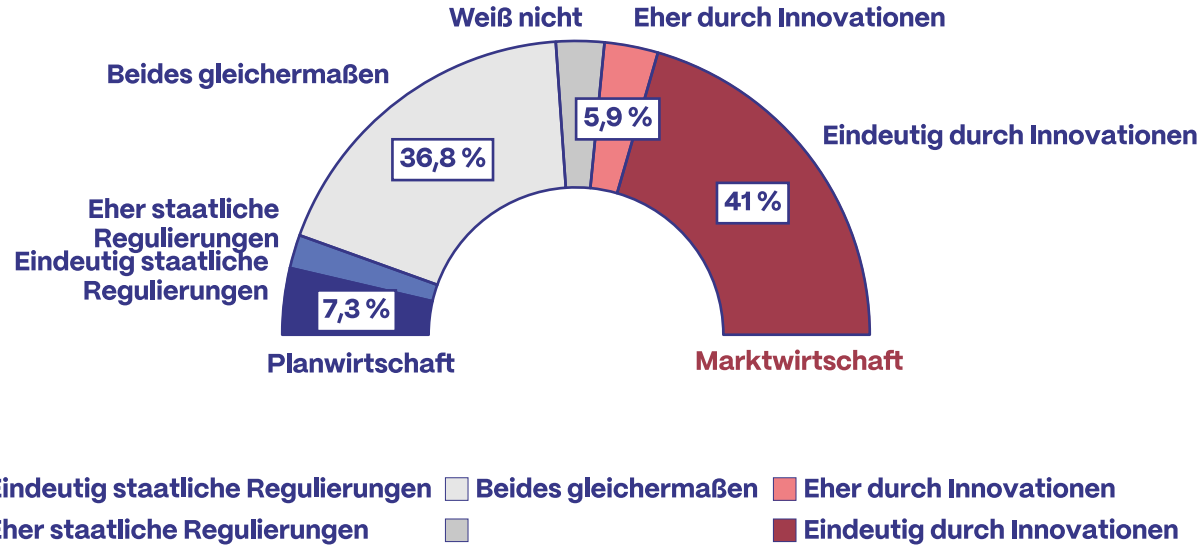
Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Klimawandel: Regulierung vs. Innovation

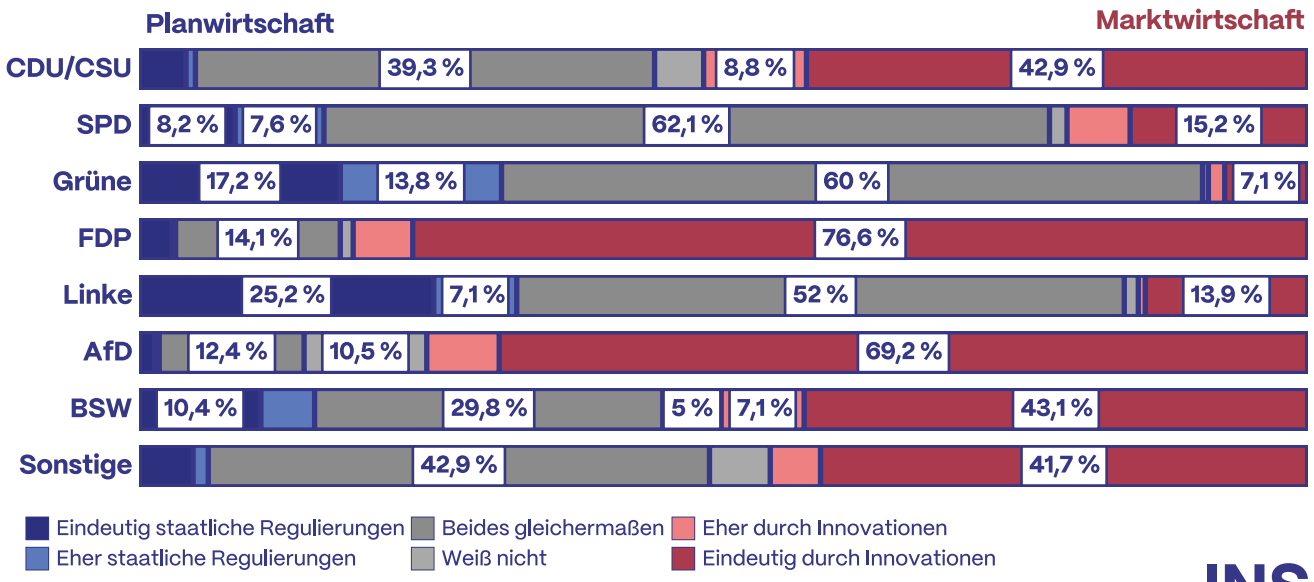
Kann man dem Klimawandel Ihrer Meinung nach eher durch staatliche Regulierungen oder eher durch Innovationen aus Wirtschaft und Wissenschaft entgegenwirken?

Die Deutschen setzen beim Klimaschutz eher auf Innovation statt auf Regulierung: 46,9 Prozent der Befragten sehen wirtschaftliche und wissenschaftliche Innovationen als die wirksamste Maßnahme gegen den menschengemachten Klimawandel, während nur 11 Prozent staatliche Regulierung als geeigneten Ansatz betrachten. Mehr als ein Drittel (36,8 Prozent) hält beides für wichtig. Gegenüber den Vorjahren hat sich bei den Werten wenig verändert. Besonders unter den Wählern von FDP (81,7 Prozent) und AfD (75,4 Prozent) ist die Präferenz für Innovation stark ausgeprägt. Im Gegensatz dazu tendieren Wähler der Linken und der Grünen dazu, sowohl Innovationen als auch staatliche Regulierung als zentrale Instrumente im Kampf gegen den Klimawandel zu sehen (32,3 Prozent bzw. 31 Prozent).



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

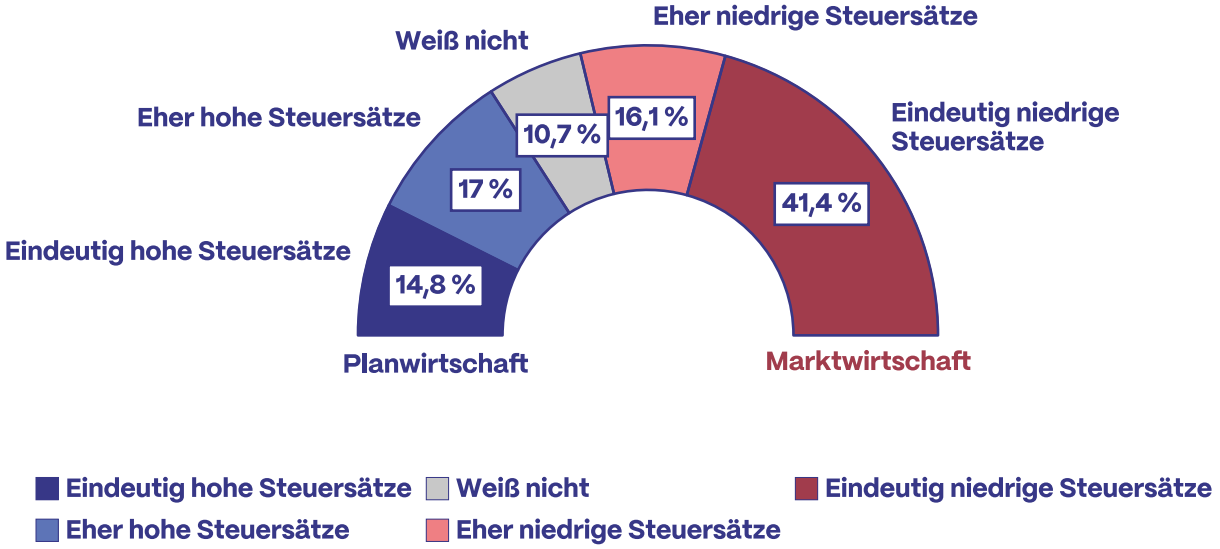
INSM

Staatliche Daseinsvorsorge vs. niedrige Steuern

Befürworten Sie grundsätzlich eher ein Modell mit hohen Steuersätzen und umfangreicher öffentlicher Daseinsvorsorge oder eines mit möglichst niedrigen Steuersätzen und weniger staatlichen Leistungen?

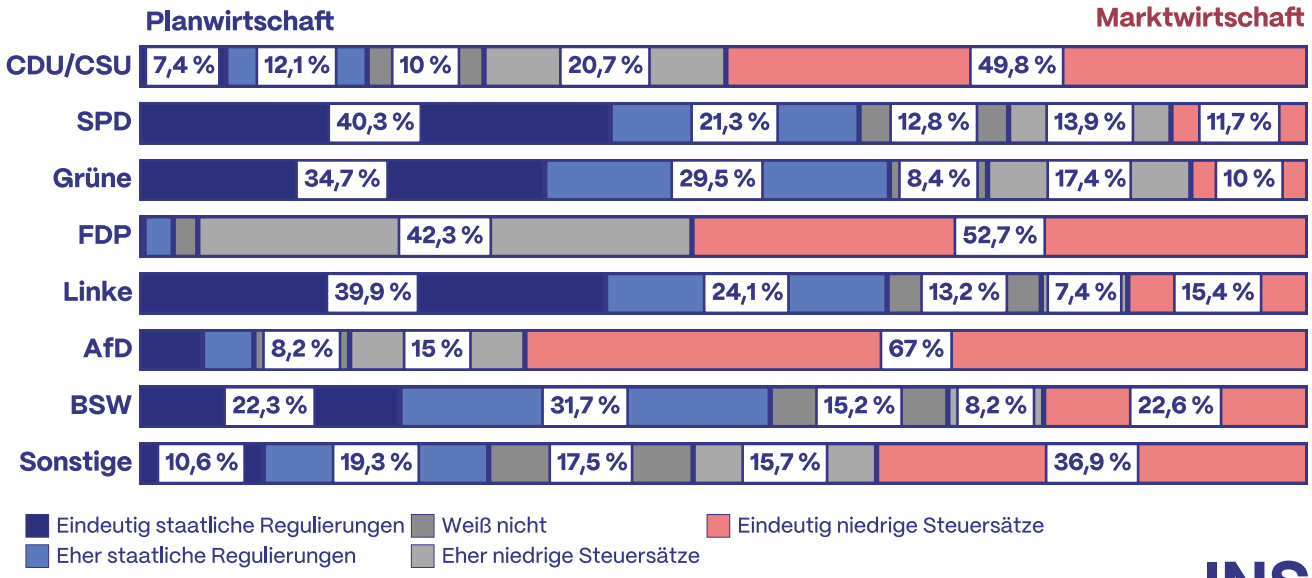
Bei der Frage des Wohlfahrtsstaates zeigt sich eine klare liberale Tendenz: 56,5 Prozent der Befragten geben an, niedrige Steuersätze mit wenigen staatlichen Leistungen gegenüber höheren Steuern und einer umfassenden Daseinsvorsorge zu bevorzugen. Dies wollte mit 31,8 Prozent nur ungefähr jeder dritte Befragte. Im Vergleich zu den Vorjahren ist dies sehr konstant.

Es sind vor allem Anhänger der Grünen (64,2 Prozent), Linken (64 Prozent) und SPD (61,6 Prozent), die höhere Steuersätze befürworten. Anhänger von FDP (95 Prozent) und CDU/CSU (70,5 Prozent) sind eindeutig für möglichst niedrige Steuern, auch wenn das mit weniger staatlicher Leistung einhergeht. Nennenswerte Unterschiede zwischen Ost und West gibt es in dieser Frage nicht.



Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM



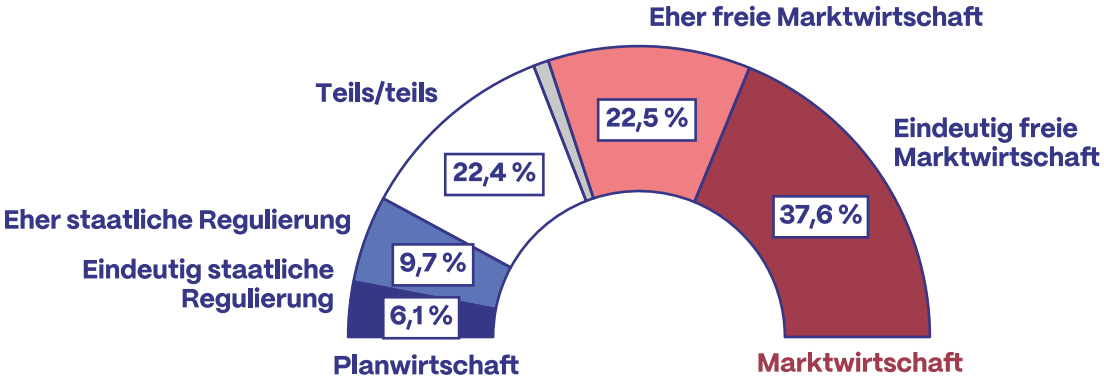
Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Selbsteinschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft

Unabhängig von den zwölf oben erläuterten Fragen wurden die Teilnehmer auch nach ihrer Selbsteinschätzung in Sachen Marktwirtschaft befragt. Die Ergebnisse aus dieser Befragung sind als Kontrollwert zu verstehen und fließen nicht in den Index ein.

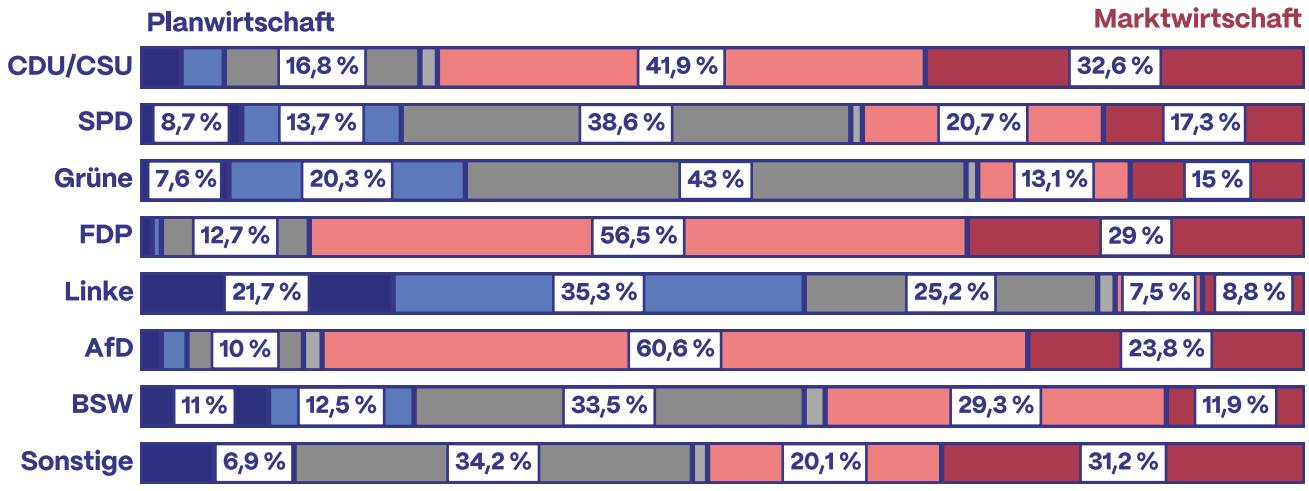
Nach Selbsteinschätzung bezüglich wirtschaftlicher Regulierung versus freiem Markt ergibt sich ein klares Meinungsbild: Die breite Mehrheit von 60,1 Prozent spricht sich für die freie Marktwirtschaft aus. Rund ein Viertel der Befragten (22,4 Prozent) favorisiert eine Mischung aus beiden Ansätzen, während lediglich 15,8 Prozent der Ansicht sind, dass staatliche Regulierung dem freien Markt überlegen sei.



Eindeutig staatliche Regulierung | Teils/teils | Eher freie Marktwirtschaft
Eher staatliche Regulierung | Weiß nicht | Eindeutig freie Marktwirtschaft

Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

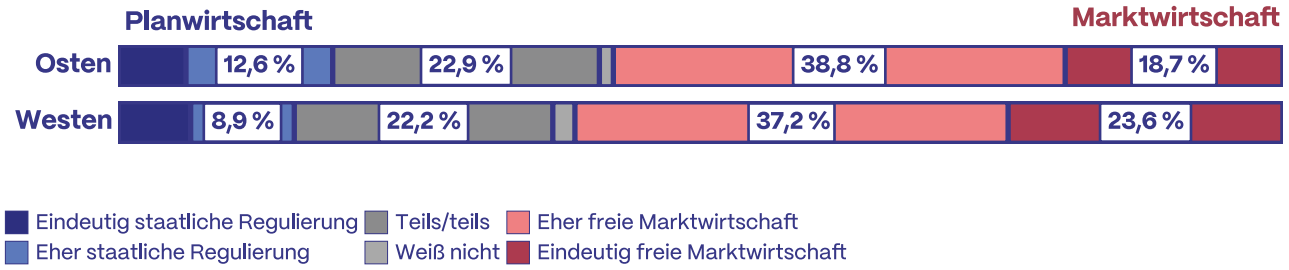


Eindeutig staatliche Regulierung | Teils/teils | Eher freie Marktwirtschaft
Eher staatliche Regulierung | Weiß nicht | Eindeutig freie Marktwirtschaft

Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich hingegen ein leichter Vorteil für die freie Marktwirtschaft im Westen — so bevorzugen 57,5 Prozent der Befragten im Osten eine freie Marktwirtschaft, im Westen sind es 60,8 Prozent. Eine freie Marktwirtschaft wird insbesondere in den südlichen Bundesländern bevorzugt (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz). Ein Wirtschaftssystem mit staatlicher Regulierung findet hingegen eher in den Stadtstaaten sowie in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg Zustimmung, wobei auch dort die Tendenz zur freien Marktwirtschaft überwiegt. Jeweils eine einfache Mehrheit bei Linken-, Grünen- und SPD-Anhängern bevorzugt weitreichende staatliche Regulierung. Die Anhängerschaft von FDP, AfD und der CDU/CSU befürwortet eindeutig eine freie Marktwirtschaft.

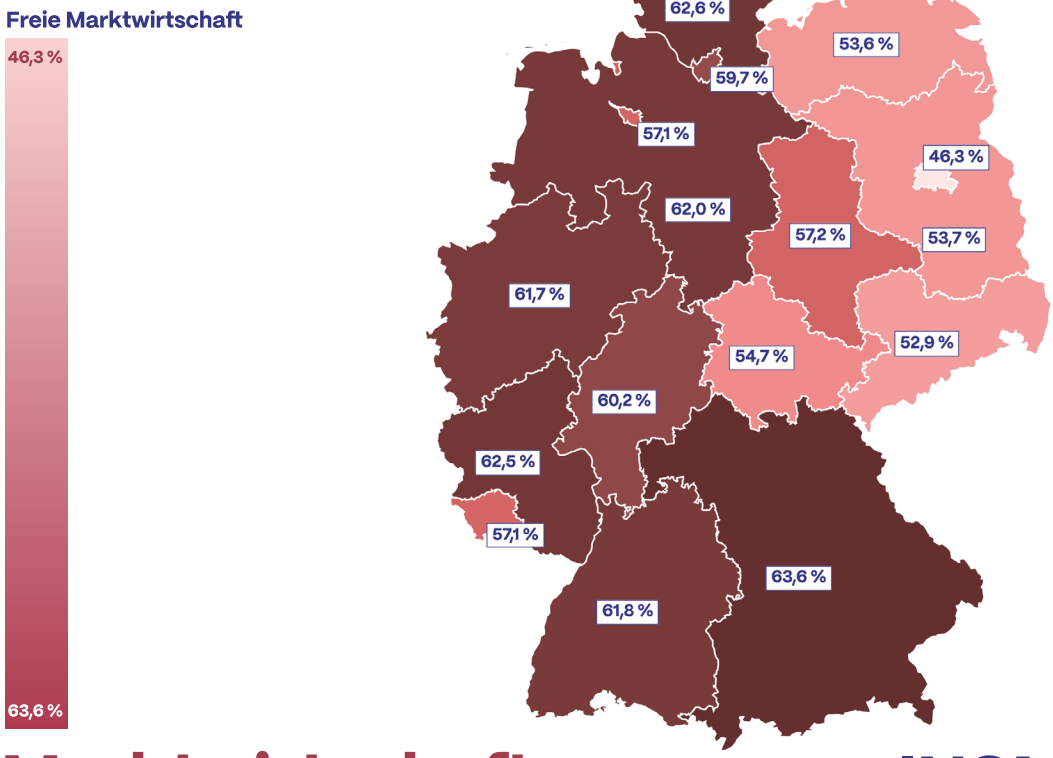


Quelle: INSM-Marktwirtschaftsbarometer, stat. Fehler Gesamtergebnis 2,6 %, Stichprobengröße 5.000, Befragungszeitraum 25.11.2025 – 10.12.2025

INSM

Selbsteinschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft

Befürworten Sie eher ein Wirtschaftssystem mit weitreichender staatlicher Regulierung oder eher eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe?

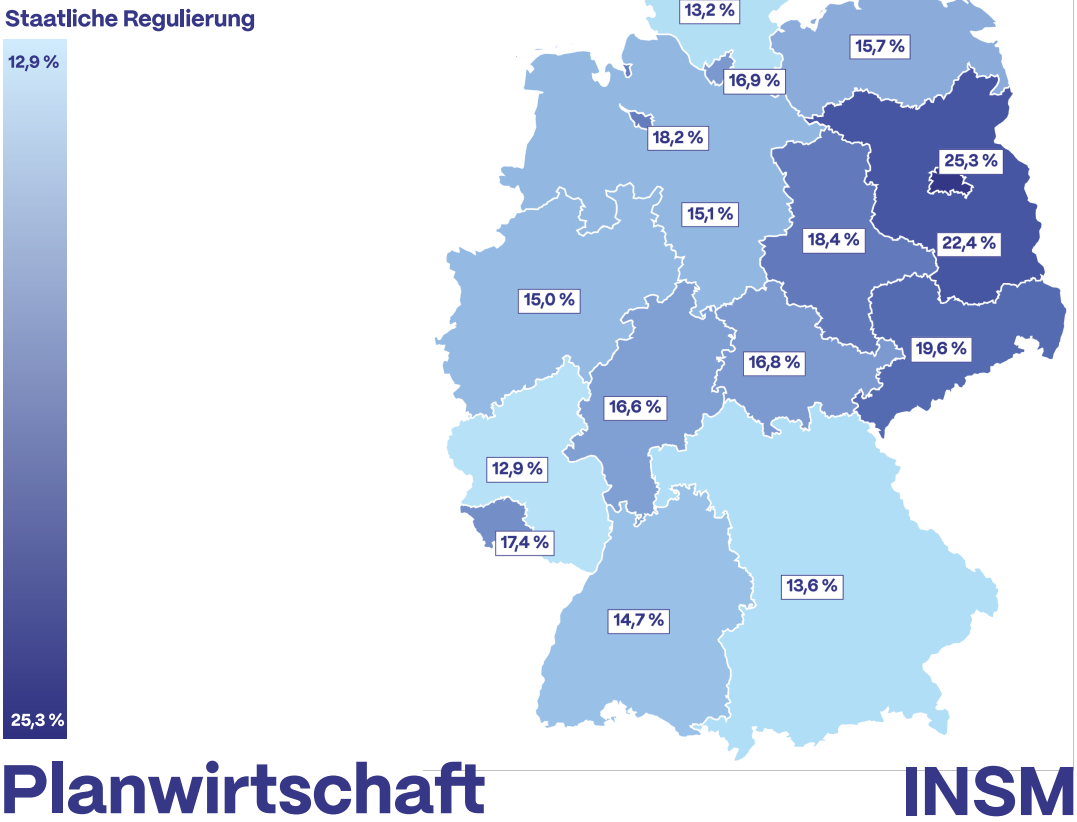


Marktwirtschaft

INSM

Selbsteinschätzung zur Sozialen Marktwirtschaft

Befürworten Sie eher ein Wirtschaftssystem mit weitreichender staatlicher Regulierung oder eher eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe?



Auch in diesem Jahr fällt auf, dass die Selbsteinschätzung marktwirtschaftlicher ausfällt als das Ergebnis des Index. Damit beschreiben sich die Deutschen als marktwirtschaftlich, sind es aber nicht im gleichen Maße. Etwa jeder zweite Befragte befürwortet auf Nachfrage eher eine freie Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe. Demgegenüber stimmt nur jeder Fünfte eher für ein Wirtschaftssystem mit weitreichender Regulierung. Eine Mehrheit für ein mehrheitlich staatlich gelenktes Wirtschaftssystem gibt es nur unter Wählern der Linken. Die Anhängerschaft von FDP, AfD und der CDU/CSU befürwortet eindeutig eine freie Marktwirtschaft. Unter Grünen-, SPD- und BSW-Anhängern wünscht man sich hingegen einen Mittelweg aus beiden Systemen.

Besonders deutlich wird dabei die parteipolitische Differenzierung im Detail: Durchweg am marktwirtschaftlichsten positionieren sich die Anhänger der FDP – sowohl im Index als auch in der Selbsteinschätzung. Überraschend folgt jedoch bereits die AfD noch vor den Wählern der CDU/CSU. Auch bei der Selbsteinschätzung liegen FDP- und AfD-Anhänger klar an der Spitze, während die Unionsanhänger erst dahinter rangieren. Demgegenüber zeigen sich Grünen-Anhänger sowohl im Index als auch in der eigenen Wahrnehmung eher regulatorisch orientiert. Die Ergebnisse der AfD-Anhängerschaft sind insofern bemerkenswert, da dies im starken Kontrast zu einer Partei steht, die in ihrer Wirtschaftspolitik häufig mit sozialpopulistischen und interventionistischen Forderungen auffällt.

Methodik

Für das „INSM-Marktwirtschaftsbarometer" hat Civey online die unter Teil 2 erläuterten zwölf Fragestellungen erhoben. Deren Antworten zahlen je nach Ausschlag auf den Pol „Planwirtschaft" bzw. den Pol „Marktwirtschaft" ein. Im Detail wurden jeweils die obersten beiden Antworten dem Pol „Planwirtschaft" zugeordnet, die untersten beiden Antworten dem Pol „Marktwirtschaft". Dabei wird die eindeutige Zustimmung doppelt so stark gewertet wie eine eher zustimmende Aussage. Anschließend bildet sich der Index aus dem arithmetischen Mittel der relevanten Antwortkategorien der oben abgebildeten Fragestellungen.

Impressum

INSM-Marktwirtschaftsbarometer 2026

Civey hat für die INSM vom 25.11. bis 02.12.2025 rund 5.000 deutsche Bundesbürger ab 18 Jahren online befragt und darauf basierend den Index „INSM-Marktwirtschaftsbarometer" entwickelt. Alle Daten wurden im Civey-eigenen Panel mit verifizierten Teilnehmern erhoben. Die Ergebnisse sind unter Berücksichtigung des angegebenen statistischen Fehlers von 2,6 Prozentpunkten repräsentativ für deutsche Bundesbürger ab 18 Jahren.

Herausgeber:
INSM Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:
Thorsten Alsleben

Projektleitung:
Philipp Despot

Grafische Umsetzung:
Lennart Briehl

Kontakt:
info@insm.de

Veröffentlicht: Januar 2026

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft